

## Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 29.11.2011

### **Gute Wissenschaft braucht gute Arbeit - Die Berufs- und Karrieremöglichkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses sind dringend zu reformieren**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Die Arbeitsbedingungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Niedersachsens Hochschulen sind derzeit in hohem Maße von permanenter Unsicherheit und daraus resultierender ungewisser Lebensplanung bestimmt. Nur 19 % der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis, die anderen 81 % sind gezwungen, sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten zu hangeln. Bei einer bundesweiten Durchschnittsvertragsdauer von 12,3 Monaten verwenden sie mitunter mehr Zeit auf das Schreiben von Finanzierungsanträgen an unterschiedliche Geldgeber als auf Forschung und/oder Lehre.

Mangels sicherer Beschäftigungsalternativen bleibt die Professur somit das vorrangige Ziel einer akademischen Karriere. Dieser Weg ist unverändert von Unplanbarkeit und Intransparenz geprägt. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 9. März 2011 vergleicht der Historiker Caspar Hirschi von der ETH Zürich die Stellung des wissenschaftlichen Mittelbaus in Deutschland mit dem von „Günstlingen an vormodernen Fürstenhöfen. Um sich im akademischen Betrieb zu halten, müssen sie den Ruhm ihres professoralen Patrons durch treue Dienste und wissenschaftliche Taten erhöhen.“

Die Konsequenzen aus dieser Beschäftigungssituation sind sowohl für die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen eklatant. Die persönliche Situation im Beruf ist von hoher Unzufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit, Familienfreundlichkeit, Aufstiegsmöglichkeit und Planbarkeit gekennzeichnet. Das wirkt sich auch auf das Privatleben aus: beispielsweise sind 81 % der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kinderlos, dabei äußern 75 % einen Kinderwunsch. Als Ausweg aus dieser Lage ziehen viele Betroffene das Verlassen der Hochschule in Betracht, weil in der Industrie ein solches Sonderbefristungsrecht nicht gilt. Ebenso wird ein Wechsel ins Ausland attraktiver. Im Ergebnis gehen den wissenschaftlichen Einrichtungen damit hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Dauer verloren.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

1. Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement müssen auch mit Dauerstellen unteretzt sein. Dazu muss die Personalstruktur an den Hochschulen reformiert werden, damit auch jenseits der Professur ausreichende unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestehen;
2. Modelle für promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (sogenannte Post-Docs) an den Hochschulen zu fördern, die ihnen eine sichere, unbefristete Beschäftigungsperspektive auch ohne Professur bieten;
3. den wissenschaftlichen Qualifikationsweg über die Juniorprofessur auszubauen;
4. im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) mit dem Ziel überarbeitet wird, dass die Tarifsperre gestrichen wird, die Befristung von Arbeitsverträgen aufgrund von Drittmittelprojekten grundsätzlich der Gesamtlaufzeit des Drittmittelprojekts entspricht, eine Mindestvertragslaufzeit von zwölf Monaten eingefügt wird und lebenslange Befristungsketten ausgeschlossen werden;

5. sich dafür einzusetzen, dass im Arbeitsvertrag mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern, die sich in einer Qualifikationsphase befinden, ausreichend Zeit für ihre eigene Qualifikationsschrift (etwa Dissertation, Habilitation) zur Verfügung gestellt wird;
6. die Qualifikationsphase, besonders von Doktorandinnen und Doktoranden, vorzugsweise durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abzusichern, um die Abhängigkeit von Stipendienprogrammen für Promovierende zu reduzieren;
7. die Familienfreundlichkeit des Arbeitsplatzes Hochschule durch zusätzliche Investitionen in Kinderbetreuungsmöglichkeiten auszubauen.

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin